

Klausurberatung der Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Januar 2009

Rede von Peter Ritter

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch wenn es um Anforderungen an das Wahljahr 2009 geht, will ich zunächst weiter blicken ins Jahr 2011 und dann in einem kurzem Rückwärtskalender zum Jahr 2009 kommen.

Ein noch unvollkommener Zeitüberblick:

Die Zeitschiene bis 2011 aber ist notwendig und wird in den nächsten Tagen vom Wahlbüro untersetzt, im Februar abschließend im Landesvorstand behandelt und zur Grundlage unserer Arbeit, also auch der der Fraktion, gemacht.

Wir schreiben also den Oktober 2011- es ist Landesparteitag, wir werten die Wahlen aus und wählen einen neuen Landesvorstand.

Hinter uns liegt ein anstrengender, aber erfolgreicher Landtagswahlkampf.

Wir erinnern uns der nach den Wahlen 2006 beschlossenen strategischen Zielstellungen: Den Beschluss der Landtagsfraktion zur politischen Strategie aufgreifend, beschloss der Landesvorstand 2007 folgendes: "Durch hohe Wahlergebnisse bei den Wahlen 2008 und 2009 werden die Grundlagen für einen gestärkten Wiedereinzug in den Landtag im Jahr 2011 gelegt mit dem Ziel, die SPD-CDU-Koalition abzulösen."

Ausgehend von unserem Wahlergebnis, dem Wahlergebnis der anderen Parteien und den Chancen und Möglichkeiten für eine andere Landespolitik, müssen wir auf diesem Oktoberparteitag 2011 beraten, ob das Ziel - rot/schwarz abzulösen- erfüllt werden kann.

Bis zu diesem Oktoberparteitag gilt es also an der Erfüllung dieser strategischen Zielstellung zu arbeiten - oder aber eine andere festzulegen - was mein Ziel nicht ist...ich komme darauf zurück.

Bleiben wir zunächst beim Rückwärtskalender.

2011 stehen möglicherweise auch die Wahlen zu den neuen Kreistagen an, entweder gekoppelt an die Landtagswahlen oder einzeln im Juni - das Thema Kreisgebietsreform - beherrschendes Thema im Kommunalwahlkampf 2009 - wird somit (vielleicht) ein Ende finden.

Das heißt, im Frühjahr 2011 werden wir damit beschäftigt sein, das Landtagswahlprogramm zu schreiben, Vertreterversammlungen durchzuführen und die Kandidaten für die Landtags- und Kreistagswahlen aufzustellen.

Das Jahr 2010 wird dagegen vergleichsweise ruhig - zumindest was Wahlen angeht.

Das Jahr 2010 wird und muss aber das Jahr der öffentlichen Debatte um unser Landesprogramm "MV 2020+" werden.

Die "Vor-Ort-Debatten" - startend auf einem Parteitag im Frühjahr 2010 - sollten in zwei Etappen stattfinden und im November auf einer Landesbasiskonferenz ihren Abschluss finden.

So sind wir schließlich rückwärts im Jahr 2009 angekommen:

Im Oktober 2009 ziehen wir Bilanz zum Wahljahr 2009 und wählen einen neuen Landesvorstand. Im Ergebnis der Wahlen, in Kenntnis möglicher neuer Kreisstrukturen werden wir, wie festgelegt, die Umstrukturierung unseres Landesverbandes zum Abschluss bringen.

Vor diesem Herbstparteitag liegen der Kommunal/Europa/Bundestagswahlkampf und unsere Ostseebädertour, diverse Parteitage und Vertreterversammlungen und Klausuren, auf denen wir uns zu unserer eigenen Verantwortung, zu unseren Zielstellungen, Schwerpunkten und Methoden verständigen müssen.

Noch keinen Eingang gefunden hat in diesem Kalender das Wirken der Fraktion. Wir müssen daher unsere tagtägliche Arbeit, unsere Landtouren, unsere Konferenzen als Bestandteil dieser langfristigen Konzeption begreifen und ausgestalten.

Deshalb sind Erwartungshaltungen an die Fraktion im Wahljahr 2009 auch und vor allem Erwartungshaltungen für 2011.

Wir müssen deutlich vermitteln, dass wir bereit und fähig sind, Alternativen zur vorherrschenden Politik zu entwickeln und auszugestalten.

Wir müssen- so meine Überzeugung- deutlich vermitteln, dass wir bereit und fähig sind, Verantwortung zu übernehmen.

So wie wir es 2008 erfolgreich praktiziert haben, als wir für alle deutlich wahrnehmbar gesagt haben: Wir wollen Landrat, Oberbürgermeister oder Bürgermeister werden.

Klare Botschaften. Klare Ergebnisse.

Und wenn dann in den politischen Strategien des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion formuliert ist, wir wollen 2011 rot/schwarz beenden, folgt für mich, dass rot/rot als Wahlziel klar als Anspruch formuliert werden muss.

In einer Ausarbeitung zur Wahlstrategie im Wahljahr 2009 durch das Bundeswahlbüro heißt es:

Die Themen werden 2009 durch die Krise beeinflusst.
Menschen suchen nach Orientierung/persönlichen Auswegen.

Unser Herangehen:

DIE LINKE greift Interessen auf, bündelt und formuliert sie.

DIE LINKE bietet Lösungsansätze und Mitwirkung an.

DIE LINKE sagt dabei, was mit ihr zu machen ist und was nicht.

Unsere Zielgruppen, unser Wählerpotential - so die Ausarbeitung des Wahlbüros –

- ist sozial differenziert;
- ist in fast allen Altersgruppen relevant;
- umfasst alle Bildungsniveaus;
- hat differenzierte kulturelle Gewohnheiten und erwartet von der LINKEN vor allem "soziale Gerechtigkeit".

Wir haben hier schon einmal versucht, den Startpunkt zu setzen für die Beantwortung der Frage, was wir unter "sozialer Gerechtigkeit" verstehen.

Über den Startpunkt sind wir aber nicht hinaus gekommen.

Wir sollten daher erneut Anlauf nehmen, wenn soziale Gerechtigkeit heißt:

Der Mensch zuerst. Gute Bildung. Gute Arbeit. Gutes Leben.

Wenn soziale Gerechtigkeit heißt:

- Erneuerung des Sozialstaates
- Erhalt der BürgerInnenrechte
- Gleichstellung
- Chancengleichheit statt sozialer Auslese
- Bekämpfung des Rechtsextremismus und seiner Ursachen
- globale Gerechtigkeit
- Frieden
- soziale und ökologische Nachhaltigkeit,

wenn alles das unter sozialer Gerechtigkeit zu verstehen ist, müssen wir uns hinterfragen, ob wir als Fraktion inhaltlich und personell ausreichend gut aufgestellt sind, mit unserer Landtagsarbeit das medial wahrnehmbare Gesicht der Partei DIE LINKE wesentlich zu prägen.

Ich erinnere an die Beurteilung unserer Arbeit durch einen Teilnehmer an unserer Kulturkonferenz in Neustrelitz, der uns sagte:

“Gut gemeint ist noch nicht gut gemacht.“

Und ich erinnere an meine Feststellung aus meinem Brief, den ich im November an die Abgeordneten richtete:

Man kann vom jetzigen Ministerpräsidenten und seiner neuen Sozialministerin denken und halten was man will, man kann überzeugt sein, es besser machen zu können als sie.

Fest steht: Anders als bei seinem Amtsvorgänger liegt seit der Regierungserklärung Sellarings die Kampfansage der SPD zum Thema "Soziale Gerechtigkeit" auf dem Tisch.

Die Erwartungshaltung im Wahljahr 2009 und bis ins Wahljahr 2011 kann daher nur lauten:

Wir müssen diese Kampfansage annehmen.

Allein, Anträge an die Landesregierung zu stellen, sie möge über dieses oder jenes berichten oder umsetzen, was wir selbst nicht auf die Reihe bekommen haben, werden nicht zum Erfolg führen.

Das Nachdenken über und das Entwickeln neuer, eigener alternativer Konzepte muss daher künftig unsere Arbeit bestimmen.

Die Debatten zu unserem Programm MV 2020+ bieten die Chance dafür. MV 2020+ ist nicht das Programm von oder für Helmut Holter.

Es soll das Programm für die Partei, für die Fraktion, für unseren Erfolg werden.

Arbeitspläne, Landtouren, Konferenzen der Fraktion sollten daher auf dieses Programm - seine Erarbeitung und Umsetzung- abgestimmt sein.

Und wenn ich hier das gemeinsame, das **WIR** beschwöre, dann wissen wir, dass wir als Fraktion davon meilenweit entfernt sind.

Ich sage Euch offen, dass ich die Illusion verloren habe, aus der Fraktion eine, mit einer Stimme sprechende geschlossene, Einheit formieren zu können.

Wir alle wissen, dass wir uns unterschiedlichen Flügeln, unterschiedlichen politischen Positionen zugehörig fühlen oder zugeordnet werden.

Daraus kann auch ein notwendiger inhaltlicher Impuls entstehen. Aber nur dann, wenn nicht die Frage im Mittelpunkt steht, wer welche "Macht"position besetzt, sondern welche inhaltlichen Konzepte am überzeugendsten sind.

Nur dann, wenn Solidarität keine Einbahnstraße ist, wenn Erfolge anderer Anerkennung finden, wenn Hinterzimmerdiplomatie aufhört und mit offenen Visier gekämpft wird.

Eine Erwartungshaltung, die ich im Wahljahr an die Fraktion habe, die nur schwer zu erfüllen sein wird.

Das Wort des Jahres 2008 war das Wort "Finanzkrise".

Für uns muss das Wort "GEWINNEN" das Wort des Jahres 2009 werden.

Wir wollen **erstens**, die Wahlen gewinnen, dazu müssen wir, **zweitens**, Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen gewinnen.

Deshalb meine Erwartungshaltung an Abgeordnete, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion, Wahlkreismitarbeiterinnen und Wahlkreismitarbeiter.

Rauf auf die Listen und rein in die Kommunalparlamente!

Wir müssen, **drittens**, neue Mitglieder gewinnen. Das ist für die politische Wirkfähigkeit und finanzielle Situation unseres Landesverbandes auch in Hinblick auf die Wahlen 2011 unabdingbar.

Und wir müssen, **viertens**, Vertrauen gewinnen. Vertrauen bei Wählerinnen und Wählern.

Und Vertrauen in neue Strukturen, wie in unsere neuen Kreisverbände. Vertrauen in einen neuen Landesvorstand und in eine neue Landesvorsitzende oder einen neuen Landesvorsitzenden. "Die LINKE hat den Kandidaten noch nicht lieb" war vor Wochen im "Nordkurier" zu lesen.

Nun, in unserer Partei muss niemand jemanden lieben. Aber kennen lernen und Vertrauen entwickeln schon. Das gilt für jede und jeden, der sich für ein Amt bewirbt oder vorgeschlagen wird.

Also liebe Genossinnen und Genossen,

nehmen wir uns im Wahljahr gegenseitig ernst, aber nicht wichtig. Sehen wir Abgeordnete, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht als

persönliche Untergebene, sondern als gleichberechtigte Partner, Mitstreiter, Genossen.

Bringt Euch, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder stärker in die Fraktionsdebatten ein, Widerspruch hilft uns Abgeordneten Bodenhaftung zu bewahren.

Sagen wir den Wählerinnen und Wählern:

Es geht nicht um DIE LINKE, es geht uns um Veränderung der Lebenssituation der Einwohnerinnen und Einwohner im hier und heute und die Zukunft des Landes.

Dann werden die Wählerinnen und Wähler vielleicht sagen:

Ja, warum eigentlich nicht mit den LINKEN!